

diagonal

BSPV

www.bspv.ch

Editorial



Appellation vor dem Rathaus

Zryd

Im September werden Weichen gestellt

In den letzten 50 Jahren stand für das Personal noch nie so viel auf dem Spiel wie in der jetzt anstehenden Septembersession des Grossen Rates. Das Parlament ist hart gefordert.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

In der letzten Ausgabe konnten wir bloss Vermutungen zu den Entwicklungen bei den Anstellungsbedingungen äussern. Diesmal können wir Stellung nehmen zu den wesentlichen Änderungen für die nächsten zehn Jahre. Gutes und Schlechtes halten sich nicht ganz die Waage.

Beim Gehaltsaufstieg zeichnet sich eine Besserung ab. Das neue Gesetz soll Verlässlichkeit bringen. Ob sich der Regierungsrat und der Grosse Rat daran halten werden, ist aber noch ungewiss.

Bei den Pensionskassen ist die Zukunft noch völlig offen. Welches die richtige Lösung ist, kann niemand sagen. Erst recht

nicht die Experten. Der Grosse Rat wird einen Entscheid fällen, ohne zu wissen, wie die Zukunft in zehn Jahren aussehen wird. Mit Grossrat Samuel Leuenberger haben wir einen der Entscheidungsträger interviewt. Seine Stellungnahme ist eine persönliche Sicht der Dinge und gibt nicht in allen Punkten die Verbandsposition wieder.

Und dann steht noch das Sparpaket an. Der BSPV macht sich Sorgen um den vielerorts geplanten Stellenabbau. Wir werden genau hinschauen, ob dieser wirklich sozialverträglich erfolgen wird.

2 Aktuelles Thema

Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP)

Das vom Regierungsrat vorgeschlagene Sparpaket entspricht zwar rationalen Kriterien, droht aber zu scheitern.

3 Aktuelles Thema

Pensionskassengesetz

Nach der ersten Lesung konnte eine erste Bilanz zum neuen Pensionskassengesetz gezogen werden.

12 News

Erhöhte Zulagen

Im Herbst werden die Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit und den Pikettdienst erhöht. Die Zulagen sind auch in den Ferien geschuldet. Das sogenannte «Orange-Urteil» des Bundesgerichts wird nun auch im Kanton Bern umgesetzt. Ein kleiner Erfolg, der dank einer Intervention des BSPV und des VPOD zustande gekommen ist.

Hinweis

Noch freie Plätze

Im Herbst bietet der BSPV zusammen mit dem KV Bern noch zahlreiche Kurse an. Zum Beispiel:

– 16. Oktober 2013:

Burnout – zuerst Feuer und Flamme, dann ausgebrannt

– 28. Oktober und 5. November 2013:

Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht



Nur schon bei der Polizei sollen 100 Stellen gestrichen werden.

Adrian Moser

Sparen kann teuer werden

Der Regierungsrat schlägt ein Sparpaket vor, welches dort Massnahmen einleitet, wo der Kanton Bern teurere oder mehr Leistungen erbringt als andere Kantone. Nackte Zahlen sollen bestimmen, wer was wann zu machen hat und bekommt.

Dass die Wildhut im Kanton Basel-Stadt weniger kostet als im Kanton Bern ist ein Fakt. In Genf ebenfalls. Dort ist die Jagd ja sogar verboten. Und dass die Passräumung im Kanton Schaffhausen kostengünstig ist, ist offensichtlich. Dass aus dem durchschnittlichen Aufwand aller Kantone Limiten für den Kanton Bern abgeleitet werden, ist willkürlich. Dass solche Benchmarks oder Vergleiche kritisch hinterfragt und wo nötig korrigiert werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Der Regierungsrat hat das wohl in den meisten Fällen getan. Aber eben nicht überall. Immerhin hat der Regierungsrat dem ASP-Sparprogramm für einmal rationale Kriterien zu Grunde gelegt. Das nützt den Direktbetroffenen allerdings wenig.

Möglicher Gehaltsaufstieg

Der BSPV bedauert, dass die Mittel für das Gehaltssummenwachstum verknappt werden. Die Kürzung in Topf 1 ermöglicht aber immerhin noch einen Spielraum von

1,5% zusammen mit den Rotationsgewinnen. Das reicht für die Wiederherstellung ordentlicher Verhältnisse, aber noch lange nicht für das Aufholen eklatanter Lohnrückstände. Sobald aber diese Minimalimite unterschritten wird, und für die Streichung von Massnahmen aus regionalpolitischen Überlegungen Kürzungen beim Lohn beschlossen werden, wird die Situation völlig unhaltbar. Jeder, der die Streichung von Kürzungen gleichzeitig mit einem Kompensationsauftrag verbindet, spielt mit dem Feuer. Die Streichung des Stellenabbaus bei der Polizei darf nicht zu Lasten der Klassengrössen oder der Schliessung der Gartenbauschule Hünibach gehen. Und ganz sicher nicht bei den Restmitteln für den Gehaltsaufstieg erfolgen.

Kritische Haltung bei Stellenabbau

Der BSPV hat sich noch nie prinzipiell gegen einen Stellenabbau ausgesprochen. Bedingung ist, dass keine Entlassungen ausgesprochen werden, dass die Informa-

tion rechtzeitig erfolgt, dass bei Versetzungen flankierende Massnahmen getroffen werden und dass ein solcher Abbau letztlich wirklich günstiger ist und bei Bedarf rückgängig gemacht wird.

Dass allerdings hundert Stellen beim Polizeikorps abgebaut werden können, glauben wir schlichtweg nicht. Die bestehenden Aufgaben können nicht auf weniger Köpfe verteilt werden. Der administrative Aufwand müsste massiv gesenkt werden, um dieses Ziel zu erreichen. Der BSPV wird seine Sektion Polizeiverband Bern Kanton bei seinem Einsatz gegen diese Massnahme unterstützen.

Aber auch die Griechischlehrerin, die ihr Schwerpunktfach nicht mehr anbieten kann, ist schwer betroffen. Wer davon spricht, dass ja nur ein Teil des Pensums wegfällt, vergisst, dass ein Lektionenverlust eine erhebliche Lohneinbusse bedeutet.

Und es wird sich zeigen müssen, ob das Wild oder die Wildhüter die Lasten der Neuorganisation im Jagdbereich zu tra-

gen haben. Die Schliessung einer ganzen Fischzuchtanlage führt zur Belastung der Natur. Das Personal wird in diesem Sektor sehr stark betroffen sein. Besonders fahrlässig ist auch die Streichung von 21 Stellen bei der Steuerverwaltung. Der Anstieg der Belastung der Betroffenen wird im Bericht direkt vorausgesagt. Aus unserer Sicht wird diese Massnahme zu Einnahmehausfällen führen, die höher sind als

die Einsparungen. Korrekturen müssen möglich sein.

Tragbare Sparmassnahmen

Andere Lösungen befürworten wir vollumfänglich. Die Umsetzung der Quartar-Lösung ist ein Gewinn für Schülerinnen und Schüler. Die Gymnasien können den Quartarunterricht vollwertig und weitgehend mit den bestehenden Infrastruk-

turen anbieten. Und bei zahlreichen Verzichtmassnahmen stellt sich die berechnete Frage, weshalb diese nicht bereits früher eingeleitet worden sind.

Diese Stellungnahme umfasst nur einen Teil der Massnahmen des ASP. Es sind auch nicht alle Betroffenen genannt. Die Geschäftsstelle interessiert sich für persönliche Stellungnahmen zu Einzelmassnahmen.

Neues Pensionskassengesetz

Das Resultat der Beratungen der ersten Lesung des neuen Pensionskassengesetzes ist bekannt. Zeit eine Bilanz zu ziehen.

Die Bilanz nach der ersten Lesung ist ernüchternd:

- höhere Lohnabzüge
- Erhebung von Finanzierungsbeiträgen
- höheres Pensionierungsalter
- längere Beitragsdauer
- tiefere Renten
- kein Teuerungsausgleich für Rentenbezügler
- Anlagerisiko bei den Versicherten
- Wegfall Überbrückungsrente

Die sechs ersten Punkte sind auf die ungenügende wirtschaftliche Ertragslage der Pensionskassen und die neuen Regelungen des eidgenössischen Berufsvorsorgegesetzes zurückzuführen. Die Punkte 7 und 8 sind Folgen des Primatwechsels.

Und wo kommt der Gesetzgeber den Versicherten entgegen:

- Ausfinanzierung der Deckungslücke bei den Rentnern
- Übergangseinlage (Besitzstand)
- Beibehaltung Sonderregelung Polizei

Falsche Zahlenbasis

Der Grosse Rat ist nicht bereit, die ganze Deckungslücke dem Kanton zu belasten. Er will bloss sicherstellen, dass die Aktiven nicht das fehlende Kapital für die laufenden Renten einschiessen müssen. Er tut dies aber nicht vollständig, sondern auf der Basis eines fiktiven Technischen Zinssatzes von 3,0 Prozent. Dadurch fehlen jährlich 20 Millionen Franken.

Es kommt hinzu, dass innert 20 Jahren eine Vollkapitalisierung von 100% angestrebt wird. Der Bund verlangt bloss eine Teilkapitalisierung zu 80% oder gewährt eine Sanierungsfrist von 40 Jahren. Das überambitionierte Ziel und die unnötige Eile verteuern die Sanierung für die Beitragszahler und den Kanton Bern. Der finanzielle Spielraum wird dadurch unnötig eingeengt.

Referendum ja oder nein?

Und was kann der BSPV mit einem Referendum erreichen? Wenn die Berner Stimmberechtigten über eine Gesetzesvorlage abstimmen müssen, dann wählen sie meist die billigste Variante. Konkret heisst dies, dass das neue Gesetz abgelehnt würde. Damit verblieben alle Versicherten im Leistungsprimat, hätten aber

massiv höhere Abzüge auf ihren Löhnen zu gewärtigen. Wie hoch diese wären, kann aber zur Zeit noch niemand verbindlich sagen. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Verwaltungskommissionen jene Leistungsverlechterungen beschliessen würden, die in ihrer Kompetenz liegen. Wie die Erhöhung des Rentenalters und die Erhöhung der Beiträge.

Der Entscheid über das weitere Vorgehen ist nicht leicht. Die Abgeordneten des BSPV sind gewillt, diese Verantwortung zu tragen. Sie haben am 21. Juni 2013 beschlossen, das weitere Vorgehen zur Revision des BPK-Gesetzes an einer ausserordentlichen Versammlung am 12. September 2013, unmittelbar nach der zweiten Lesung zu bestimmen. Nachbesserungen werden gefordert.

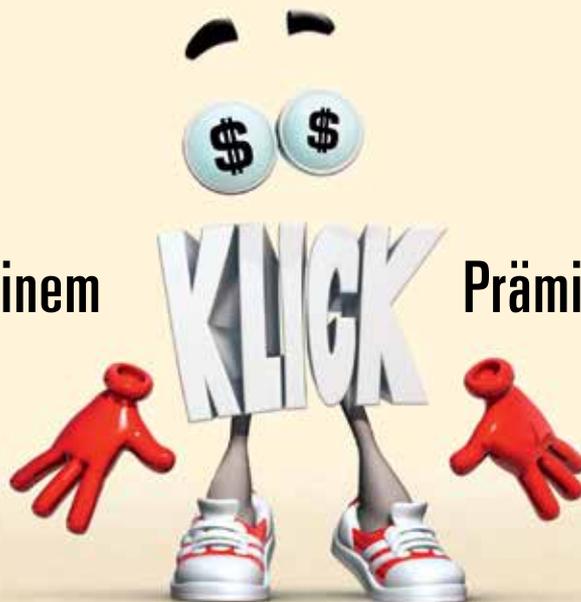
Unterschiedliche Reaktionen der Mitglieder

«Besten Dank für die Information über das Gebahren der Grossratsmitglieder. Ist nur eigenartig, dass die Damen und Herren vor den Wahlen sich immer angeblich für das Personal stark machen wollen. ... Ich hoffe, dass die Personal- und Interessenverbände das Referendum ... ergreifen».

«Ich ... finde es schade, dass immer gleich <Referendum> gerufen wird, wenn die Kantonsangestellten Privilegien abgeben müssen. Darum handelt es sich nämlich bei der bisherigen Regelung bezüglich Pensionskasse. Wer hat schon das Leistungsprimat in der Privatwirtschaft?»

«Ach ja, lieber Matthias, was ich schon lange sagen wollte: Ich danke dem BSPV für die fünfte Ferienwoche!» – Das hat zwar nichts mit Pensionskassen zu tun, tut aber eben gut.

Mit einem **KLICK** Prämien sparen.



Lohnfragen: Verdächtige Einigkeit

Wenn 17 von 17 Kommissionsmitgliedern für eine Lösung stimmen, so geht es wohl um eine Selbstverständlichkeit. Oder dann wird gepokert. Oder dann liegen die Motive nicht auf dem Tisch.



20 000 haben Wirkung erzielt.

Adrian Moser

Blenden wir zurück: Bei der ersten Lesung des Lehreranstellungsgesetzes wurde keine einzige fortschrittliche Lösung bei den Anstellungsfragen erzielt. Die bürgerliche Seite des Grossen Rates verfolgte eine konsequente Verweigerungshaltung.

Kompromiss präsentiert

Unerwarteterweise präsentierte die BDP in der gleich nach der ersten Lesung folgenden Kommissionssitzung einen neuen Vorschlag, der sowohl für die Lehrkräfte als auch das ganze Kantonspersonal gelten soll (Text siehe Kasten).

Ist das nun viel oder wenig? Das geltende BEREBE-Lohnsystem beruht auf einem jährlichen Lohnanstieg von 1,5%. Dass dabei auch die Rotationsgewinne, die durch den Ersatz älterer durch jüngere und billigere Angestellte entstehen, zusätzlich zur Verfügung stehen, war lange eine Selbstverständlichkeit. Dies ist auch bei Banken, Versicherungen und KMUs der Normalfall. Neu sollen nun aber 1,5% inklusive Rotationsgewinne ausgerichtet werden können. Das wären im Schnitt drei Gehaltsstufen pro Jahr. Das ist eine ver-

nünftige Ausgangsbasis. Da liegt auch mal der Spielraum drin, einer besonders tüchtigen Mitarbeiterin 5 oder gar 7 zusätzliche Stufen zu gewähren. Oder ein klar zu tief eingereichter Mitarbeiter der Steuerverwaltung erhält einen Sonderanstieg. Das gibt Handlungsspielraum für Vorge-setzte. Erst das führt ansatzweise zu einem Leistungslohn. Und wer jedes Jahr drei Stufen erhält, kann nach 27 Dienstjahren das Lohnmaximum erreichen. Beim Bund geht das zwar viel schneller. Aber immerhin, neu soll das Ziel wenigstens erreichbar sein. Und das motiviert.

Fehlender Teuerungsausgleich

Was fehlt, ist der Teuerungsausgleich. Die absehbare Teuerung wird dieses Jahr negativ sein. Wenn die Inflation wieder startet, müssen alle Finanzregelungen neu überdacht werden. Die Steuereinnahmen erhalten dann ja auch zusätzlichen Schub.

Regierungsrat gefordert

Und was fehlt, ist die Verlässlichkeit des Regierungsrates und des Parlaments. Haben wir zur Zeit eine Regierung, die nicht

Art. 14 Lehreranstellungsgesetz (neu)

Kommissionsvorschlag

³ Der Regierungsrat legt jährlich den Anteil der Gehaltssumme fest, der für den Gehaltsaufstieg zur Verfügung steht und bestimmt nach Anhörung der Personalverbände die Anzahl Gehaltsstufen, die einem vollen Praxisjahr entsprechen. Der Anteil wird so festgelegt, dass die Ziele des Gehaltssystems erreicht werden können.

⁴ In ausserordentlichen Finanzlagen kann der Anteil reduziert werden. Zumindest der Gehaltsaufstieg, der sich innerhalb der im genehmigten Voranschlag eingestellten Lohnsumme finanzieren lässt, ist jedoch zu gewähren.

⁵ Der Regierungsrat kann zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen zur Aufhebung von Gehaltsrückständen.

Artikel 75 des Personalgesetzes wird analog geändert.

von sich aus Lohnabstriche macht, um nicht andere Projekte zu gefährden? Haben wir ein Parlament, das in der Budgetdebatte bei Fehlbeträgen nicht sofort auf die Löhne zugreift? Wir werden es sehen. Zur Zeit ist Etliches versprochen. Gehalten sind die Zusagen noch lange nicht. Im September werden die politischen Parteien ihre Erklärungen abgeben. Wir werden zu den gebannten Zuhörern zählen.

Und die eklatanten Lohnrückstände sind damit noch nicht aufgeholt. Können wir deshalb die Lohninitiative zurückziehen oder müssen wir daran festhalten? Ihre Meinung ist gefragt.



Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten –
alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**

Unabhängige Pensionsplanung

Beratungsqualität vom BSPV
getestet und für gut befunden.
Mit Sonderkonditionen für
BSPV-Mitglieder.



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**

Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch



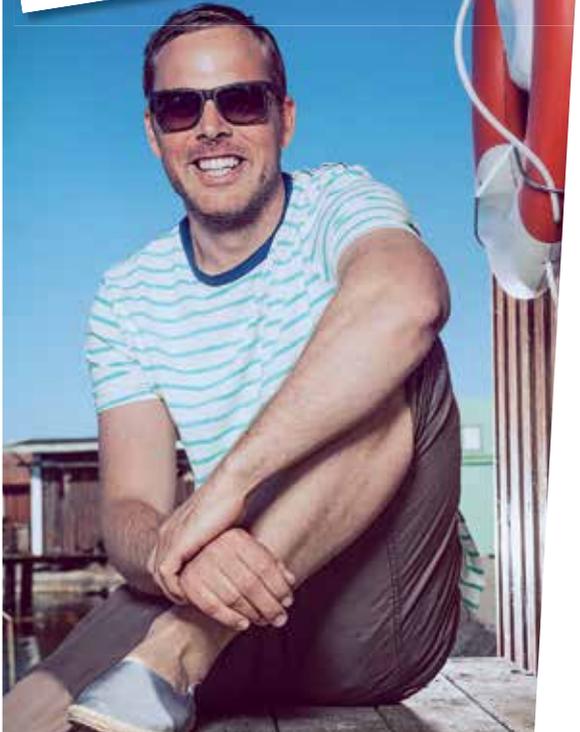
Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

**«Ich investiere
in meine Freizeit.»**



Bezahlen Sie Freizeit und Ferien mit Reka-Geld.

Alle Annahmestellen finden Sie
unter www.reka-guide.ch und in der
Reka-Guide App für Smartphones
(iPhone und neu auch für **Android**).

Mit Reka liegt mehr drin.



reka



Reka-Geld:
beim BSPV
mit Rabatt

BSPV-Mitglieder
erhalten **Reka-Geld**
mit **5 % Rabatt**.



BDP will eine Kompromisslösung

Grossrat Samuel Leuenberger engagiert sich bei der Gesetzesberatung über die künftige Pensionskassenlösung für einen Kompromiss, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer angemessen belastet.

Das neue Pensionskassengesetz steht vor der zweiten Beratung im September. Gibt es noch Änderungen?

Ich hoffe nicht. Die BDP hat im Rahmen der ersten Lesung in der Kommission eine Lösung vorgeschlagen, welche aus unserer Sicht die Interessen der Arbeitnehmenden und des Arbeitgebers gebührend berücksichtigt. Die Kommission und das Parlament haben die Vorzüge dieser Lösung erkannt und vollumfänglich unterstützt. Grosse Änderungen sind daher kaum zu erwarten.

Gibt es Vorteile für das Personal?

Das Personal bekommt eine Lösung im Rahmen der Pensionskassensanierungen, welche zu einem grossen Teil durch den Arbeitgeber getragen wird. Es geht somit nicht das Risiko ein, die beiden Kassen innert zehn Jahren mit paritätischen Beiträgen (50% AN / 50 % AG) sanieren zu

müssen. Mit der vom Kanton Bern einmalig auszurichtenden Übergangseinlage werden die teilweise einschränkenden Folgen des Primatwechsels auf die Renten eliminiert.

Und welches ist der happigste Nachteil?

Das Personal muss ebenfalls seinen Beitrag an die längerfristige Sanierung der beiden Kassen leisten.

Die Wirtschaft läuft gut im Kanton Bern. Und trotzdem hat das Personal mit erheblichen Zusatzbelastungen zu rechnen. Ist das akzeptabel?

Der Kanton Bern kennt eine überdurchschnittlich hohe Steuerbelastung und trotzdem liegen seine Steuereinnahmen unter dem schweizerischen Mittel. Die dem Personal zugemuteten Belastungen sind Leistungen im Rahmen der Pensionskassensanierungen. Verschiedene Firmen und Institutionen haben den Primatwechsel längst vollzogen und ihre Pensionskassen saniert. Dabei wurden die Sanierungslasten teilweise paritätisch verteilt und es wurden auch keine Übergangseinlagen durch die Arbeitgeber getätigt.

Einige Grossratsmitglieder glauben fälschlicherweise, nur bei den Lehrkräften bestehe ein Lohnrückstand. War der BSPV zu wenig aktiv?

Ich nehme den BSPV als sehr aktiv wahr. Wobei seine zum Teil provokative Haltung der Sache nicht immer dienlich war.

Sind eine moderate Steuererhöhung oder eine Senkung der Investitionen denkbar, um die Besoldungsprobleme zu lösen?

Steuererhöhungen sind für mich nicht denkbar. Die BDP hat im Rahmen der Kommissionsberatungen zur zweiten Lesung des Lehreranstellungsgesetzes (mit gleichzeitiger Änderung des Personalgesetzes) eine Lösung aufgezeigt, wie dem Personal ein recht attraktiver und verlässlicher Lohnanstieg ohne Steuererhöhungen geboten werden kann. Die Kommission hat diesem Vorschlag zugestimmt. Es geht jetzt darum, diese Lösung im Parlament mehrheitsfähig zu machen. Ich bin zuversichtlich, dass dieses Vorhaben zu Gunsten des Personals gelingen wird. Dabei zählen wir auf die Vertreter des BSPV.

«Das Personal bekommt eine Lösung im Rahmen der Pensionskassensanierungen, welche zu einem grossen Teil durch den Arbeitgeber getragen wird.»

Samuel Leuenberger

Notar Samuel Leuenberger ist seit 1999 Mitglied des Grossen Rates. Er ist Fraktionssprecher der BDP bei der Beratung des Pensionskassengesetzes.

Hotelnacht gewinnen

Dem Alltag entfliehen und Energie tanken! Die Ferienverein-Hotels mit den Solbädern 33 °C sind der ideale Ort dafür. Gewinnen Sie eine Übernachtung für zwei Personen und lassen Sie sich in einem der vier Ferienverein-Hotels in den Schweizer Alpen verwöhnen: Inklusive Halbpension und unbeschränktem Eintritt in den Wellnessbereich.

Sie wählen selber, in welchem Hotel Sie den Gewinn einlösen möchten (mehr Informationen unter: www.bspv.ch/de/dienstleistungen/verguenstigungen/ferienverein):

- Hotel Valaisia in Crans-Montana
- Hotel Victoria-Lauberhorn in Wengen
- Hotel Altein in Arosa
- Hotel Schweizerhof in Sils-Maria



Die Gewinnerin des Frühlingswettbewerbs, Daniela Kehrli aus Bern.

Gültigkeit

Der Gutschein ist gültig bis am 13.10.2013 und vom 30.05.–12.10.2014.

Gewinnerin der Ausgabe Nr. 2/13

Die Gewinnerin des Wettbewerbs der Ausgabe 2/13, Daniela Kehrli, freut sich sehr über den Gutschein: «Ich bedanke

Hinweis

Gratulation an die gewählten Regierungsstatthalter

Der BSPV nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass drei der vier von ihm unterstützten Kandidaten die Wahl als Regierungsstatthalter geschafft haben. Dazu reichte die Mitgliedschaft noch nicht aus, sondern sicher der individuelle Leistungsausweis.

Unsere Gratulation richtet sich an:

- Christoph Lerch, Bern-Mittelland
- Philippe Chételat, Biel/Bienne
- Christian Rubin, Frutigen-Niedersimmental

mich ganz herzlich für den tollen Gutschein für eine Hotelübernachtung mit Spa. Mein Mann und ich freuen uns jetzt schon auf ein schönes und erholsames Wochenende in den Bergen.»

Wettbewerbsfrage:

Bis zu welchem Alter übernachten Kinder im Zimmer mit zwei Erwachsenen in den Schweizer Ferienverein-Hotels kostenlos?

Senden Sie Ihre Antwort bis spätestens am 25.09.2013 an den BSPV (per Post oder per Mail). Der Gewinner wird ausgelost. Mitmachen dürfen ausschliesslich Mitglieder des BSPV. Mitarbeitende der Geschäftsstelle und der Geschäftsleitung sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Wettbewerb

Ihre Antwort:

Vorname: Name:

Adresse:

E-Mail: Sektion:

Datum: Unterschrift:

Einsenden bis spätestens am 25.09.2013 an:

BSPV, Postfach 533, 3000 Bern 8 oder per E-Mail an: sekretariat@bspv.ch

Anzeige

BIKEHOLIDAY.CH FERIENVEREIN

1 WOCHE AB CHF 967.-* P.P.*

AKTIVFERIEN MIT QUALITÄT UND LEIDENSCHAFT

Giverola Resort, Costa Brava, 15.09.-13.10.2013

Rennrad, Mountainbike und Running für Singles, Paare und Familien.

* Reise im Bistrotabus ab der Schweiz inkl. Fahrradtransport, 7 Nächte im Appartement bei 4 Erwachsenen, Halbpension, Sportpaket Light.

www.bikeholiday.ch

Zweite Lesung abwarten

Die Beschlüsse über das Pensionskassengesetz nach der ersten Lesung im Grossen Rat sind enttäuschend. In keinem Punkt war der Grosse Rat bereit, den Forderungen der Personalverbände und den Vorschlägen des Regierungsrates zuzustimmen. Und auch die Revision des Lehreranstellungs- und Personalgesetzes entspricht nicht den Vorstellungen des BSPV. An der Abgeordnetenversammlung wurde über das weitere Vorgehen des BSPV entschieden.



Regierungsrat Bernhard Pulver glaubt nicht, dass es beim Pensionskassengesetz noch eine Änderung geben wird.

Burkhalter

An der Abgeordnetenversammlung des BSPV erläuterte Regierungsrat Bernhard Pulver den über 100 Anwesenden die aktuelle politische Situation: Nach der ersten Lesung ist das Resultat der Beratung zum Pensionskassengesetz für das Personal nicht erfreulich. Der Grosse Rat hat sich in der Junisession gegen den Vorschlag des Regierungsrates entschieden. Das heisst, die Sanierung der Pensionskassen soll innerhalb von 20 Jahren, statt der geforderten 38 Jahre, erfolgen. Bei der zweiten Lesung im September will die Regierung nochmals versuchen, die Sanierungsfrist zu verlängern. Bernhard Pulver denkt aber, dass es wohl bei den Resultaten der ersten Lesung bleiben werde. Martin Gatti von LEBE hingegen geht davon aus, dass der Vorschlag des Regierungsrates zum Pensionskassengesetz in der zweiten Lesung eine 80%-Chance hat.

Erhöhung der Lohnsumme um 1,5 Prozent

Bernhard Pulver ist jedoch sehr zuversichtlich, was die Erhöhung der Lohnsumme betrifft. Obwohl der Grosse Rat beim Lehreranstellungs- und beim Personalgesetz noch keine Verbesserungen für das Personal vorsieht, will der Regierungsrat in zweiter Lesung auch die Erhöhung der Lohnsumme um 1,5 Prozent sicherstellen. Er ist überzeugt, dass dies im Rahmen des ASP-Programms auch möglich sein wird.

Bernhard Pulver weist die Anwesenden auch auf die positiven Aspekte der Junisession hin: «Dass es nicht zu einer Vollkapitalisierung kommen werde und dass der Kanton zur Sanierung 1,7 Milliarden Franken gesprochen hat, ist für das Personal sehr entlastend.»

Referendumsfrage

Nach diesem ernüchternden Referat stellte man sich die Frage: Wie weiter? Soll ein Referendum ergriffen werden und wenn ja, wann? Der Präsident des Bernischen Staatspersonalverbands, Peter Bernasconi, sieht einem Referendum skeptisch entgegen. Seine Skepsis ist begründet. Denn würde das Volk dieses nicht annehmen, gilt das Bundesrecht und das heisst Vollkapitalisierung in zehn Jahren. Eine skeptischere Haltung nehmen Matthias Burkhalter und Roland Seiler, aktueller und ehemalige Geschäftsführer des BSPV, ein. Sie schlagen der Abgeordnetenversammlung vor, dem Vorschlag der Geschäftsleitung, ein Referendum zu ergreifen, sofern nicht wesentliche Verbesserungen in der zweiten Lesung erfolgen, zuzustimmen. Martin Gatti und Grossrat Markus Meyer, sprechen sich gegen den Vorschlag der Geschäftsleitung aus. Markus Meyer stellt den Anwesenden einen Antrag: Das Schlussresultat der zweiten Lesung abwarten und direkt danach, an einer ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung, rasch und angepasst auf die gegebene Situation reagieren, um dann entscheiden, welche Massnahmen zu ergreifen sind. Es kommt zur Abstimmung und die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung entscheiden sich gegen den Vorschlag der Geschäftsleitung und somit für den Antrag von Markus Meyer. Also werden die Beschlüsse der zweiten Lesung abgewartet, bevor auch nur irgendeine Entscheidung gefällt wird.

Neu ist eine Pfarrerin in der Geschäftsleitung vertreten

Die vom Zentralvorstand vorgeschlagene Pfarrerin, Barbara Schmutz, wird einstimmig als Nachfolgerin von Erwin Balsiger in die Geschäftsleitung des BSPV gewählt. Erwin Balsiger tritt nach 25 Jahren als Finanzverantwortlicher aus der Geschäftsleitung zurück. Er wurde stets sehr geschätzt und seine Arbeit ist kaum wegzudenken. Deshalb bleibt Erwin Balsiger dem BSPV in der Funktion des Buchhalters noch eine Weile erhalten.

Grosse und aktive Rentnervereinigung

Gemäss den an der Delegiertenversammlung festgelegten neuen Statuten hat die Rentnervereinigung des BSPV mit ihren über 1800 Mitgliedern neu den Status einer Sektion und Anspruch auf einen Sitz in der Geschäftsleitung.

Diese Statusänderung spiegelt nicht nur die Grösse der Sektion sondern auch ihre Aktivitäten, die unter dem Präsidium von Eugen Schneider markant zugenommen haben. So hat sich der Verband zum Beispiel aktiv und auf eigene Kosten an der Kundgebung vom 16. März engagiert, obwohl er sich von ihren Anliegen nichts erhoffen konnte.

Nächste Hauptversammlung

Nachdem sich die Hauptversammlungen von 2012 und 2013 den Fragen des Alterns zugewendet haben, möchte man an der

nächsten wieder etwas «politischer» werden und sich umschaun, was andere Personalverbände, z.B. derjenige des Bundes, tun, nicht zuletzt in Sachen Mitgliederwerbung. Sie wird im Hotel Bern stattfinden. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben. Auch an der nächsten HV sollen die Partner bzw. Partnerinnen der Mitglieder teilnehmen können.

Zum traditionellen Herbstaussflug und dem geselligen Anlass am 1. Dezember werden auch die Rentner unter den Mitgliedern des ehemaligen VBOG eingeladen. (Vgl. Programm im Kasten.)

Herbstaussflug 2013 Bex-Villeneuve, Donnerstag, 3. Oktober

Besammlung 06.45 Bern Schützenmatte, 07.15 Thun – Reise mit Car über Col des Mosses nach Bex – Weiterfahrt nach Villeneuve, Mittagessen, Spaziergang, Ankunft Bern ca. 18.00
Kosten: Fr. 60.–/Teilnehmer – Maximale Teilnehmerzahl 70

Anmeldung bis 24. September 2013 bei Roland Schafer, Riedstr. 62, 3626 Hünibach, Tel. 033 222 50 81
roland.schafer@bluewin.ch

Sunntig-Abe-Buffer im Rössli Säriswil, Sonntag 1. Dezember, 17.30

Individuelle Anreise per Postauto ab Postautobahnhof Bern 17.04 – Ankunft Säriswil Birchi 17.23
Kosten: Fr. 25.–/Teilnehmer – Maximale Teilnehmerzahl 60

Anmeldung bis 15. November 2013: Eugen Schneider, 031 829 14 02



FRIWASH
Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern
Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83
Webcam unter: www.friwash.ch



Kehrl+Oeler
CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11
www.kehrl+oeler.ch
Privat- und Geschäftsumzüge
Lagerlogistik
Regional • National • International



Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero
am Breitenrainplatz
3014 Bern
Saisongerecht, frisch und authentisch!
Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten
Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr
Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77
www.grotto-ticino.ch



Muesmatt AG
Fenster und Schreinerei
Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

Eine Sektion am Puls der Zeit

Elektronische Daten ersetzen Folianten und Pläne bei der Grundbuchverwaltung und der Handelsregisterführung. Das spart Zeit.



Jörg Flück, Präsident des VbGH begrüsst Regierungsratspräsident Christoph Neuhaus

Burkhalter

Über 30 Mitglieder und zahlreiche Gäste begrüsst Präsident Jörg Flück an der 68. Versammlung des Verbandes bernischer Grundbuchverwalter und Handelsregisterführer VbGH im wunderschönen Barocksaal des Hotel Bären in Langenthal.

Die statutarischen Geschäfte gaben traditionellerweise wenig zu diskutieren. Die Informationen der geladenen Gäste wie Regierungspräsident Christoph Neuhaus und BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter oder von der Delegation des Verbandes Bernischer Notare leiteten über zu einem anspruchsvollen Fachreferat. Dieses Jahr sprach Professorin Bettina Hürlimann-Kaup zur Abänderung von Dienstbarkeiten. Vor dem Apéro stellte Stadtpräsident Thomas Rufener die Stadt Langenthal als innovatives regionales Wirtschaftszentrum vor.

Die Anzahl der Grundbuchämter wurde in den vergangenen Jahren von dreizehn (mit Zweigstellen) auf fünf (mit zwei Dienststellen) reduziert. Handelsregisteramt gibt es bloss eines. Der Service Public konnte mit dieser Konzentration aufgewertet werden. Die Kundenfreundlichkeit

hat nicht gelitten. Dies vor allem auch deshalb, weil viele Dienstleistungen heute voll elektronisch angeboten werden können. Internet und E-Mail führen zum raschen Datenaustausch und ersparen manchen persönlichen Gang zur Amtsstelle. Damit die Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs problemlos über die Bühne geht, war eine intensive Schulung der Mitglieder nötig.

Die papierlose Belegsammlung, quasi als Gegenstück zum im letzten Jahr eingeführten (papierlosen) Register-Schuldbrief, rückt näher. Den Urkundspersonen, welche die weitaus wichtigste Kundengruppe darstellt, wird die Teilnahme am elektronischen Geschäftsverkehr über eine vorgegebene Plattform aber nicht aufgezwungen, sondern bloss als Alternative zum Papierweg angeboten. Die Mitglieder des VbGH sind gefordert, stellen sich den Herausforderungen der Zukunft und leisten einen stets steigenden Einsatz. Wenn dieser vom Grossen Rat anerkannt und belohnt wird, dann ist das eine gute Voraussetzung für die Entwicklung der kommenden Jahre.

Kolumne

Familienarmut wirksam bekämpfen!

Tausende von Familien im Kanton Bern sind von Armut betroffen. Viele von ihnen können ihre Existenz nicht aus eigener Kraft sichern obwohl mindestens ein Elternteil berufstätig ist. Oft bleibt nur der Gang aufs Sozialamt.

Um solche «Working-Poor-Familien» wirksam zu unterstützen, hat die EVP im Grossen Rat mehrmals die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) gefordert. Dank einer entsprechenden Parlamentarischen Initiative von EVP-Grossrat Daniel Steiner-Brütsch werden nun konkrete FamEL-Modelle ausgearbeitet und bald einmal dem Grossen Rat vorgelegt. Aus finanziellen Überlegungen werden es die FamEL dort allerdings sehr schwer haben. Bemerkenswert und irritierend finde ich, dass sich gewisse Grossratsmitglieder «aus Kostengründen» gegen FamEL aussprechen und gleichzeitig die Abschaffung oder massive Senkung der Handänderungssteuer unterstützen.



Ruedi Löffel, Grossrat EVP und Leiter Suchtprävention beim Blauen Kreuz

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Frührente funktioniert

Seit 2003, haben 11500 Bauarbeiter von einer fortschrittlichen Regelung profitiert. Sie können bereits mit 60 Jahren in den Ruhestand treten. Die Rente beträgt 80% des letzten Einkommens. Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzieren diese Sonderlösung gemeinsam.

Es ist schwer verständlich, weshalb der Kanton Bern seine am meisten belasteten Mitarbeitenden nicht ähnlich behandelt. Ein Antrag, der diese vorbildliche Regelung forderte, wurde abgelehnt.

Walther Hofer

Mit 93 Jahren ist BSPV-Mitglied Walther Hofer im Juni gestorben. Der bekannte Berner Historiker und ehemalige SVP-Nationalrat war ein weltoffener Konservativer. Gegenüber der Linken war er sehr skeptisch. Noch entschiedener wandte er sich aber gegen den Nationalsozialismus. Einer seiner Studenten war der heutige Geschäftsführer des BSPV. Mit über 50 Jahren BSPV-Mitgliedschaft war Walther Hofer ein sehr treues Verbandsmitglied. Der Universitätsdozentenverband verliert ein sehr prominentes Mitglied.



Berner Historiker, Walther Hofer

Bernische Pensionskasse

Die Delegierten der BPK haben an ihrer Jahresversammlung ihre neue Arbeitnehmervertretung gewählt. Wir gratulieren Andrea Frost, Pierre-André Musy, Peter Kunz, Hans-Ulrich Käser und Beat Seiler zur Wahl. Die ersten vier sind BSPV-Mitglieder, Beat Seiler vertritt den VPOD. Mit dem neu gewählten Oberrichter Peter Kunz nimmt ein ehemaliger BSPV-Präsident Einsitz in das wichtige Strategieorgan unserer Pensionskasse.

Hotelcard, das Halbtax-Abo für Hotels

Die Hotelcard funktioniert nach demselben Prinzip wie das SBB-Halbtax: bezahlt wird jeweils nur der halbe Preis. In rund 500 Hotels in der Schweiz und im benachbarten Ausland übernachten Sie in Ihrem Wunschhotel und zwar wann, wo und so oft Sie möchten! Von der familiären Herberge bis zum 5-Sterne-Luxustempel ist für jedes Budget das passende Angebot dabei. Bestellen Sie Ihre persönliche Hotelcard auf: www.hotelcard.com/bspv



Ferien nötig?

Erfolg für den BSPV

Auf den 1. September 2013 werden die Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit und den Pikettdienst erhöht. Die Zulagen sind gemäss dem sogenannten «Orange-Urteil» des Bundesgerichts auch in den Ferien geschuldet. Mit einer Erhöhung der Zulagen wird dieser Bundesgerichtsentscheid nun auch im Kanton Bern umgesetzt. Die seit Jahren nicht angepassten Entschädigungen werden deshalb um 10,64% erhöht. Diese Erhöhung entspricht dem Ferienanteil. Anstatt eines Fünflibers gibt es nun Fr. 5.55 in der Stunde und für den Bereitschaftsdienst Fr. 33.20 anstatt 30.00, für den Präsenzdienst Fr. 44.25 anstatt 44.00.

Leider wird damit die seit Jahren nicht angepasste Teuerung längst nicht ausgeglichen. Sonst hätten die fünf Franken auf acht oder neun erhöht werden müssen. Diese Neuerung kann ganz wesentliche Auswirkungen haben.

Insgesamt haben der BSPV und der VPOD zusammen einen kleinen Erfolg erreicht. Für viele reicht die Erhöhung aus, um den Verbandsjahresbeitrag zu begleichen. Eine BSPV-Mitgliedschaft zahlt sich aus.



Gemeinsame Intervention

Impressum

diagonal

**BSPV
APEB**

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

Christine Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Unanimité douteuse sur la question des salaires

Lorsque 17 membres d'une commission sur 17 votent pour la même solution, c'est que la chose est évidente. Ou c'est un coup de poker. Ou alors, c'est que les raisons ne sont pas clairement exposées.

Revenons en arrière: lors de la première lecture de la Loi sur le statut du corps enseignant, aucune solution progressiste n'avait pu être obtenue en matière de conditions de travail. Les partis bourgeois du Grand Conseil avaient observé une attitude résolue de refus.

Puis, de façon inattendue, le PBD avait présenté une nouvelle proposition lors de la séance de commission qui avait immédiatement suivi la première lecture. Ce projet devait valoir aussi bien pour le corps enseignant que pour l'ensemble du personnel de l'Etat.

Art. 14 Loi sur le personnel

Proposition de la commission

³ Le Conseil-exécutif fixe chaque année la part de la masse salariale qui est affectée à la progression des traitements et détermine le nombre d'échelons de traitement qui correspondent à une année d'activité complète, après avoir consulté les associations de personnel. La part est fixée de sorte que les objectifs du système salarial puissent être atteints.

⁴ En cas de situation financière exceptionnelle, les moyens peuvent être réduits. Les moyens correspondant au minimum à la progression salariale pouvant être financée dans le cadre de la masse salariale inscrite au budget approuvé sont toutefois garantis.

⁵ Le Conseil-exécutif peut en outre réserver des moyens dans le but de combler des retards salariaux.

L'article 75 du loi sur le personnel sera remplacé par un text analogue.

Annonce



BSPV APEB

Pour les membres de la APEB: plus de 25 % de rabais sur les assurances complémentaires de la CPT. Et vous profitez de nombreux autres avantages du numéro 1 des caisses-maladie online avec conseils personnalisés. Demandez maintenant une offre au tél. 058 310 98 71 ou par clic sur www.bspv.kpt.ch.

KPT
CPT
Simplement bien assuré.



Rien que chez les policiers seront supprimés 100 postes.

Adrian Moser

Examen des offres et des structures (EOS)

Les économies peuvent coûter cher

Le Conseil-exécutif propose un paquet d'économies qui introduit des mesures là où le canton de Berne fournit des prestations plus chères ou plus nombreuses que d'autres cantons. Les chiffres à eux seuls doivent déterminer qui doit faire quoi à quel moment et ce qu'il recevra finalement.

Par Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

La surveillance de la chasse coûte moins cher dans le canton de Bâle-Ville que dans celui de Berne. C'est un fait. Il en va de même à Genève. La chasse y est même interdite. Il est également évident que le débarrassage de cols est meilleur marché dans le canton de Schaffhouse. Mais il est arbitraire de fixer des limites pour le canton de Berne en se basant sur les dépenses moyennes de l'ensemble des cantons. De telles évaluations ou comparaisons doivent être soumises à un examen critique et corrigées là où c'est nécessaire; cela paraît naturel. C'est ce que le Conseil-exécutif a fait dans la plupart des cas. Mais justement pas partout. Il n'en demeure pas moins que le Conseil-exécutif a pour une fois basé son programme d'économies

EOS sur des critères rationnels. Pourtant, les personnes directement concernées en retirent peu de bénéfices.

Possible augmentation des salaires

L'APEB regrette que les moyens destinés à la croissance de la masse salariale soient plus restreints. La réduction contenue dans le panier 1 rend toutefois toujours possible une marge de manœuvre de 1,5%, gains de rotations compris. C'est suffisant pour rétablir des conditions convenables, mais ne permettra de loin pas de combler les éclatants retards des salaires. Dès que cette limite minimale sera dépassée et qu'on décidera, pour des questions de politique régionale, de réduire les salaires pour supprimer des mesures, la situation

sera totalement intenable. Ceux qui conditionnent l'abandon de coupes avec un contrat compensatoire jouent avec le feu. Le maintien des postes au sein du corps de police ne doit pas avoir lieu au détriment des effectifs scolaires ou moyennant la fermeture de l'école d'horticulture d'Hünibach. Et certainement pas avec les restes des moyens prévus pour l'augmentation des salaires.

Attitude critique face à la suppression de postes

L'APEB ne s'est encore jamais prononcée par principe contre une suppression de postes de travail. La condition, c'est qu'aucun licenciement n'ait lieu, que les personnes concernées soient informées à

temps, que des mesures d'accompagnement soient prises en cas de mutations et qu'une telle suppression soit en fin de compte réellement plus avantageuse, tout en pouvant être annulée au besoin.

Toutefois, nous peinons à croire que cent postes puissent être supprimés au sein du corps de police. Les tâches actuelles ne peuvent être réparties entre moins de personnes. Pour y parvenir, il faudrait purement et simplement réduire de façon massive le travail administratif. L'APEB appuiera sa section de l'Association de police Berne-Canton dans son combat contre cette mesure.

Mais l'enseignante de grec qui ne peut plus offrir sa branche principale est elle aussi durement touchée. Ceux qui disent que seule une partie du pensum est suppri-

mée oublient qu'une perte de quelques heures implique une réduction de salaire considérable.

Et on verra bien si le gibier ou les gardes forestiers auront à subir les conséquences de la nouvelle organisation dans le domaine de la chasse. La fermeture de toute une installation de pisciculture portera atteinte à la nature. Le personnel sera très touché dans ce secteur. La suppression de 21 postes au sein de l'intendance des impôts est elle aussi une mesure particulièrement imprudente. L'augmentation de la charge de travail pour les personnes concernées est déjà prédite dans le rapport. De notre point de vue, cette mesure va induire une baisse des recettes plus élevée que les économies obtenues ainsi. Des corrections doivent être possibles.

Mesures d'économies supportables

Nous soutenons entièrement les autres solutions proposées. La mise en œuvre du modèle Quarta est un gain pour les élèves. Les gymnases peuvent tout à fait offrir l'enseignement Quarta avec les infrastructures existantes. Quant à bien des mesures d'abandon, on se demande avec raison pourquoi elles n'ont pas été initiées plus tôt.

Cette prise de position ne concerne qu'une partie des mesures de l'EOS. Les personnes touchées par ce programme ne sont non plus toutes mentionnées. Le secrétariat est intéressé à recevoir vos opinions personnelles concernant les différentes mesures envisagées.

Nouvelle Loi sur les caisses de pension

Le résultat des délibérations concernant la première lecture de la nouvelle Loi sur les caisses de pension est connu. Il est temps de faire le bilan.

Au terme de la première lecture, le bilan fait l'effet d'une douche froide :

- retenues sur le salaire plus importantes;
- relèvement des contributions financières;
- âge de la retraite plus élevé;
- durée de cotisation plus longue;
- rentes plus basses;
- pas de compensation du renchérissement pour les retraitées et retraités;
- risque de placement supporté par les assurés;
- suppression de la rente de rattachement.

Les six premiers points sont dus à la rentabilité économique insuffisante des caisses de pension et aux nouvelles réglementations de la Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle. Les points 7 et 8 sont les conséquences du changement de primauté.

Et voici les points sur lesquels le législateur fait une concession envers les assurés :

- financement intégral du découvert en matière de rentes;
- contribution de transition (droits acquis) ;
- maintien de la réglementation spéciale concernant le corps de police.

Une fausse base de calcul

Le Grand Conseil n'est pas prêt à mettre à charge du canton la totalité du découvert. Il veut seulement garantir que les personnes actives ne doivent pas injecter le capital manquant pour les rentes actuelles. Mais il ne le fait pas complètement, car il se base sur un taux technique fictif de 3,0%. Il en résulte un manque annuel de 20 millions de francs.

A cela s'ajoute le fait qu'on vise une capitalisation complète de 100% en l'espace de 20 ans. La Confédération se borne à exi-

ger une capitalisation partielle de 80% ou accorde un délai d'assainissement de 40 ans. Cet objectif beaucoup trop ambitieux ainsi que cette précipitation, pourtant superflue, rendent l'assainissement plus cher pour les contributeurs et le canton de Berne. C'est réduire inutilement la marge de manœuvre financière.

Comment poursuivre notre action ? La décision n'est pas facile à prendre. Les délégués de l'APEB sont disposés à endosser cette responsabilité. Le 21 juin 2013, ils ont décidé de définir la suite des opérations à mener par rapport à la révision de la loi sur la CPB lors d'une assemblée extraordinaire qui aura lieu le 12 septembre prochain, immédiatement après la seconde lecture. Des améliorations seront demandées.

diagonal

APEB

www.apeb.ch

14 Sujet politique

Examen des offres et des structures (EOS)

Le projet d'économies proposé par le Conseil-exécutif répond certes à des critères rationnels, mais il n'amène pas grand-chose aux personnes concernées.

15 Sujet politique

Loi sur les caisses de pension

Au terme de la première lecture, on peut tirer un premier bilan de la nouvelle Loi sur les caisses de pension.

Editorial



Appel devant l'Hôtel de Ville

Zryd

Jalons décisifs posés en septembre

Durant ces cinquante dernières années, jamais l'enjeu n'avait été aussi grand pour le personnel que maintenant, lors de la prochaine session du Grand Conseil. Le Parlement a la tâche très difficile: si les résultats ne sont pas acceptables, des temps agités s'annoncent.

Par Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Dans le dernier numéro, nous ne pouvions que nous borner à des suppositions concernant l'évolution des conditions de travail. Cette fois, nous pouvons prendre position par rapport aux changements majeurs qui nous attendent dans les dix prochaines années. Le bon et le mauvais ne s'équilibrent pas tout à fait.

Une amélioration se dessine en ce qui concerne l'augmentation des salaires. La nouvelle loi doit apporter de la fiabilité.

Quant aux caisses de pension, l'avenir est encore totalement incertain. Le Grand Conseil va prendre une décision sans sa-

voir à quoi ressemblera l'avenir dans dix ans. Nous avons interrogé le député Samuel Leuenberger, l'un des décideurs. Sa position est une vision des choses personnelle et ne reflète pas en tous points l'opinion de l'association.

Le paquet d'économies est lui aussi à l'ordre du jour. L'APEB est préoccupée par les suppressions de postes de travail prévues un peu partout. Nous allons observer de près si celles-ci ont lieu de façon vraiment acceptable sur le plan social. Et pas question non plus de répartir la charge de travail actuelle sur moins d'employés.